

# Mehr Geld für Tierschutzverein

Rastatter Gemeinderat stimmt mehrheitlich für SPD-Antrag / Umlandgemeinden in die Pflicht nehmen

Rastatt (dm) – Der Tierschutzverein Rastatt und Umgebung bekommt künftig mehr Geld von der Stadt. Ab dem 1. Januar kommenden Jahres zahlt sie eine Pauschale von 90 statt wie bisher 60 Cent pro Einwohner, um die Arbeit des Vereins, der das Tierheim betreibt, mitzufinanzieren. Die SPD-Fraktion hatte einen entsprechenden Antrag gestellt, dem auch Freie Wähler, FuR, AfD und Linke zustimmten. Mit 24 Ja bei 17 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen setzte sich die entsprechende Mehrheit durch.

Statt mit einem Betrag von rund 30 000 Euro im Jahr kann der Tierschutzverein demnach künftig mit rund 45 000 Euro aus dem Rastatter Stadtsäckel rechnen.

Die Verwaltung hatte dafür plädiert, die in der Sitzung vorgelegten Ausführungen zur bisherigen Finanzierung des Tierheims erst mal nur zur Kenntnis zu nehmen und in der Folge eine Druck-Kulisse gegenüber den Gemeinden in der Umgebung aufzubauen, die sich nicht beziehungsweise in aus Rastatter Sicht ungenügender Weise am Tierheimbetrieb beteiligten. Letzteres dürfte indes auch mit dem jetzigen Beschluss zur Erhöhung der Beiträge nicht vom Tisch sein.

„Auch wir haben Interesse an einem funktionierenden Tierschutzverein“, betonte Bürgermeister Arne Pfirmann. Gleichwohl verwies er darauf, dass sich dieser ausdrücklich auch für die Umgebung Rastatts zuständig sieht. Und diese Umgebung – von der Hardt



Die Stadt Rastatt zahlt ab kommendem Jahr 90 Cent pro Einwohner an den Verein. „Unfair“ findet manch Stadtrat, dass sich andere Gemeinden aus den Betriebskosten offenbar raushalten. Foto: ema/av

bis ins Murgtal – habe weitaus mehr Einwohner, die sich an das Tierheim in Rastatt wenden könnten, als die Barockstadt selbst. Eine gemeinsame Initiative zu starten, sehe man daher als angebracht an. Wenn man nun aber den Rastatter Betrag entsprechend anpasse, würde daraus nur ein „lascher Appell“, befürchtete Pfirmann. „Der Druck wäre raus“, so OB Hans Jürgen Pütsch.

Herbert Köllner (FW) zeigte sich derweil „befremdet“ von der Diskussion („Kirchturmpolitik“). Man könne „dankbar und froh sein“, dass es einen Tierschutzverein in Rastatt gibt,

der die geforderte Arbeit erledigt, eine kommunale Pflichtaufgabe immerhin, was die Aufnahme von Fundtieren und Tieren, von denen Gefahr ausgehen könne, angeht.

Und diese Arbeit, so SPD-Fraktionschef Joachim Fischer, werde privat von ehrenamtlich engagierten Menschen und einer kleinen Schar Hauptamtlicher, die angesichts der Gegebenheiten nur mit Mindestlohn bezahlt werden können, erledigt. Seit 2009 zahlt Rastatt pauschal 60 Cent pro Einwohner. Eine Anhebung auf 90 Cent ermögliche einen Inflationsausgleich.

Dass sich die anderen Gemeinden bisher nicht ausreichend am Tierheim beteiligten, sei „ungerecht, unfair und un-solidarisch“. Diese Sicht war im Gremium im Übrigen nicht umstritten. Die CDU schloss sich jedoch wie Grüne und FDP den Ausführungen der Verwaltung an, dass man zunächst versuchen solle, eine überregionale Lösung zu finden, so Fraktionschefin Brigitta Lenhard, die zugleich betonte, dass man das Engagement des Vereins anerkenne und nicht gegen Tierschutz sei. Roland Walter (Grüne), der ebenfalls ein „Gerechtigkeitsproblem“

Beantragung eines Landeszuschusses sein könne (maximal 40 Prozent). Jeweils 30 Prozent müssten dann Stadt und Verein beisteuern.

Laut der vom Rathaus mitgelieferten Statistik durchliefen im vergangenen Jahr 176 Fundtiere das Tierheim (davon 100 aus Rastatt). Des Weiteren waren 144 Tiere abgegeben worden, und es landeten 14 beschlagnahmte Tiere im Heim an der Klärwerkstraße. 317 Tiere – Hunde, Katzen, Kleintiere, Vögel – konnten 2009 vermittelt werden, zum Jahreswechsel war das Heim mit 60 Tieren belegt.

im Verhältnis Rastatt – Umland beklagte, fragte sich derweil, wie beispielsweise die Tierheime in Baden-Baden und Ettlingen mit geringeren städtischen Zuschüssen über die Runden kommen (27 und 30 Cent pro Einwohner).

Der Tierschutzverein selbst hatte vor rund einem Jahr eine Erhöhung der Zuwendung auf 1 bis 1,20 Euro pro Einwohner „sowie eine finanzielle Unterstützung für die tierschutzgerechte Versorgung“ beantragt. So seien noch einige Baumaßnahmen am Standort erforderlich. Laut Stadtverwaltung sollen die Bedarfe in ein Investitionsprogramm überführt werden, das dann Grundlage für die